

Riskante Prognosen fördern falsche Wirtschaftspolitik

Die von Instituten und Sachverständigenrat verbreitete Zuversicht hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung ist fahrlässig

von

Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker

SZ, ... November 2007

Wenn der Herbst kommt, regnet es Prognosen – und meistens ist es ein warmer Regen für die Politik. So auch dieses Mal. Sachverständigenrat (SVR) und Forschungsinstitute verheißen einvernehmlich, dass Deutschland ruhigen Zeiten entgegen geht. Das für 2008 vorhergesagte Wachstum von 2,2 Prozent (Institute) bzw. 1,9 Prozent (SVR) ist zwar nicht berauschend, aber doch Grund genug für die Politik, den ganzen Winter lang die Hände in den Schoß zu legen und auf die Rückkehr noch besserer Zeiten zu warten.

Wer jedoch auf die Zuversicht der Experten baut, baut auf Sand. Die relativ günstigen Prognosen für 2008 sind nämlich auf eine kräftige Erholung des privaten Verbrauchs gegründet. Nach einer langen Phase der Kaufzurückhaltung, so die herrschende Lehre, werde sich der private Konsum in Deutschland genau dann erholen, wenn die Zahl der Beschäftigten steigt oder die schon beschäftigten Arbeitnehmer mehr Stunden arbeiten können, weil ihre Betriebe gut ausgelastet sind. Das klingt gut, trat aber bisher nie ein. Wie schon seit gut vier Jahren stagnieren auch in diesem Jahr die Ausgaben der privaten Haushalte in konstanten Preisen, obwohl die Zahl der Beschäftigten bereits seit 2005 zunimmt und die gemessene Arbeitslosigkeit erheblich gesunken ist.

Für 2008 bringt das die Prognostiker in eine Zwickmühle: Einerseits können sie bei sich abschwächendem Wachstum nicht mehr Beschäftigungszuwachs in die Prognose schreiben als in den vergangenen Jahren. Andererseits „brauchen“ sie bei hohem Euro-Kurs und nachlassender Weltwirtschaft deutlich mehr Konsumnachfrage aus dem Inland als in den Vorjahren, wenn sie ruhige Zeiten vorhersagen wollen statt eines Abschwungs. Was tun? Man könnte für 2008 einen kräftigen Zuschlag bei der Kaufkraft der Beschäftigten unterstellen, nachdem diese wegen des allgemeinen Drucks auf die Löhne in den Vorjahren rückläufig war? Das würde jedoch dem eingemeißelten Vorurteil der Forscher widersprechen, wonach Lohnsteigerungen unmittelbar zu Entlassungen führen. Deutlich höhere Löhne brächten demnach für den Verbrauch nichts, weil steigende Pro-Kopf-Einkommen von sinkender Beschäftigung aufgeessen würden.

In dieser Notlage verdoppeln die Institute ohne jeden erläuternden Kommentar die Zuwachsrate bei den Gewinnen der Unternehmen, den übrigen Selbständigeneinkommen und den Vermögenseinkommen, um auf einen Verbrauchszuwachs von fast zwei Prozent zu kommen. Der Sachverständigenrat macht seinen Konsumrausch (immerhin +1,7%) etwas eleganter, indem er auf etwas geringere Preissteigerungen bei den Konsumausgaben, auf eine kleinere Sparquote und ebenfalls robuste Gewinne setzt.

Diese Notoperationen sind mehr als fragwürdig. In allen vorangegangenen Konjunkturzyklen hat sich die Entwicklung des privaten Verbrauchs wesentlich auf die Entwicklung der Masseneinkommen gestützt. So stand etwa dem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs der Masseneinkommen, das sind Nettolöhne und -gehälter zuzüglich der monetären Sozialleis-

tungen, von 1,4% in dem insgesamt schwachen Aufschwung von 1994 bis 2000 ein durchschnittliches jährliches Wachstum des privaten Verbrauchs von 1,9% (beides in realer Rechnung) gegenüber. Von 2002 bis heute sind diese Einkommen aber jährlich um 0,7% gesunken, was den privaten Verbrauch auf eine magere Zunahme von 0,2% pro Jahr senkte. Und nun soll der Konsum hierzulande anspringen ohne eine entsprechende Belebung der Arbeitseinkommen?

Alles spricht bei abflauernder Weltkonjunktur, einer massiven finanziellen Krise im Bankensektor und bei extrem hohem Euro-Kurs dafür, dass die Gewinne der deutschen Unternehmen und anderer Selbständiger nach Jahren exorbitanter Zuwachsraten 2008 unter Druck geraten. Da die Masseneinkommen auch nach Einschätzung der Institute in realer Rechnung stagnieren, ist ein Ergebnis nahe Null beim privaten Verbrauch weit realistischer als die unterstellten 1,7 oder gar 1,9 Prozent Plus. Steigen die Ausgaben für den privaten Konsum aber wiederum nicht, sinkt die Wachstumsrate schon dann, wenn sonst alles gleich bleibt, auf 1 Prozent. Schon das entspräche einer Stagnation der Wirtschaft im Verlauf des Jahres. Löst die Konsumflaute in Kombination mit einem wegen Euro-Stärke langsamer expandierenden Export, höheren Importen und wegfallender Abschreibungsmöglichkeiten auch nur einen Stillstand bei den Ausrüstungsinvestitionen aus, nähert man sich rapide dem Nullwachstum mit allen negativen Folgen für den Arbeitsmarkt – Reformen hin oder her.

Jetzt rächt sich, dass der Aufschwung der vergangenen Jahre nicht breit abgestützt, sondern äußerst einseitig angelegt war. Er basierte ausschließlich auf Exporterfolgen, deren Grundstein, die Lohnkostenreduktion im Vergleich zu den Handelspartnern, sich mit der Euro-Aufwertung zum größten Teil in Luft auflöst. Die von den schwachen Realeinkommen im Inland verursachte Konsumflaute bleibt jedoch bestehen.

Entscheidend ist, dass der Zuwachs der Beschäftigung für den privaten Verbrauch immer nur eine untergeordnete Rolle spielt. Denn wer auf zwei Prozent Reallohn verzichtet, bekommt nie automatisch zwei Prozent Beschäftigung zurück. Die bräuchte man jedoch, um den Einkommens- und damit den Konsumverlust des Lohnverzichts auszugleichen. Warum das so ist, haben wir in unserem gerade erschienenen Buch im Detail erklärt: Ein Lohnverzicht senkt zwar die Stückkosten der Unternehmen, aber gleichzeitig sinkt die Zahl der nachgefragten Stücke. Ergebnis: Die Gewinne steigen nicht und die Unternehmen haben keinen Anreiz, die Beschäftigung auszuweiten.

Für die Politik ist dieser Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Wer jetzt die Hände in den Schoß legt, statt die Konjunktur z.B. durch weit höhere öffentliche Investitionen anzukurbeln und von der Europäischen Zentralbank Zinssenkungen zu verlangen, wird 2008 und in den Folgejahren erneut schmerzhaft Reformen fordern und durchführen, ohne die Spur einer Chance auf anhaltende Besserung zu haben. Die Zeche bezahlen müssen dann wie immer andere, nicht die Reformer und schon gar nicht die Prognostiker.

Heiner Flassbeck ist Chefvolkswirt der UNCTAD in Genf, Friederike Spiecker ist freie Autorin. Von beiden ist im September das Buch „Das Ende der Massenarbeitslosigkeit“ im Westend Verlag erschienen.